

Es gilt das gesprochene Wort.



**Bündnis Oberhausener Bürger
im Rat der Stadt Oberhausen**

**Rede zur Großen Anfrage „Offener Ganzttag an Grundschulen in
Oberhausen“**

Ratssitzung am 18. Februar 2019

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

beginnen möchte ich unseren Redebeitrag mit einem Zitat aus dem Runderlass des Ministeriums für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen vom 23.10.2010 (veröffentlicht in der BASS 12-63 Nr.2) (bereinigte amtliche Sammlung der Schulvorschriften)

"Ziel ist der Ausbau von Ganztagschulen und **außerunterrichtlichen** Ganztags- und Betreuungsangeboten zu einem attraktiven, qualitativ hochwertigen und umfassenden örtlichen Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsangebot, das sich an dem jeweiligen Bedarf der Kinder und Jugendlichen sowie der Eltern orientiert. Die individuelle ganzheitliche Bildung von Kindern und Jugendlichen, die Entwicklung ihrer Persönlichkeit, der Selbst- und Sozialkompetenzen, ihrer Fähigkeiten, Talente, Fertigkeiten und ihr Wissenserwerb sollen systematisch gestärkt werden. "

Die politischen **Ziele** sind so einfach wie eindeutig. Für die Eltern ist vor allem die Vereinbarkeit von Familie und Beruf entscheidend.

Für die Kinder muss gelten:

1. mehr Zeit für Bildung und Erziehung
2. eine Verbesserung der Chancengleichheit und der Bildungsqualität durch bessere Förderung
3. Hausaufgabenbetreuung
4. Sport, musische, kulturelle und kognitive Angebote
5. Förderangebote für Kinder aus bildungsbenachteiligten Familien
6. Verbesserung der Sozialkompetenz
7. Zusammenarbeit von Lehrkräften und anderen Professionen

Diese pädagogischen und politischen Ziele teilen wir in vollem Umfang, jedoch

stellen wir in unserer **Analyse** fest, dass Theorie und Praxis jedoch weit auseinander klaffen. Quantität ersetzt keine Qualität.

Bei genauerer Betrachtung der Angebote mit Hilfe einer Interpretation des Oberhausener Familienberichtes 2017 und

durch persönliche Gespräche mit Lehrern, pädagogischem Personal und Eltern treten so manche Defizite auf.

Nur 67% aller befragten 1258 Familien nehmen das Angebot des Offenen Ganztages an.

Auffallend ist, dass bei einkommensschwachen Familien nur 57 % der Kinder den offenen Ganztage besuchen, 25 % sagen bewusst nein, obwohl der Ganztage für Kinder aus Familien mit einem Einkommen von 20.000 Euro bzw damals 15.000 Euro kostenlos ist.

Aufgrund der im Familienbericht genannten Daten, lässt sich unschwer ableiten, dass das Ziel eindeutig nicht erreicht ist, Familien aus einkommensschwachen und zum Teil bildungsfernen Schichten verstärkt anzusprechen.

Auch wird durch die Befragung deutlich, dass die Qualität der äußeren Bedingungen aus Elternsicht unzureichend ist.

Es fehlt an Geld, denn gute Angebote sind nicht mit minimalem Einsatz zu bekommen.

Da alle Kinder bei Bedarf aufgenommen werden müssen, sind zum Teil drei mal so viel Kinder anwesend als geplant. das bedeutet viel Lärm und Unruhe, belastend für Kinder und Erzieher. Die wenigen Räume und der knapp bemessene Personalschlüssel führen dazu, dass nicht alle Kinder an der

Hausaufgabenbetreuung teilnehmen können, sondern oft nur diejenigen mit großen Lerndefiziten.

Gegessen wird meist in drei und mehr Schichten, wobei es zu Staus kommen kann, mit der entsprechenden Unruhe.

Diese Realität bewirkt, dass selbst Lehrereatern, die eigentlich vom Ganztage überzeugt sind, ihre eigenen Kinder dort nicht betreuen lassen.

Kinder sind die Zukunft unserer Gesellschaft und sie haben ein Recht auf gute Bildung und gute Erziehung. Das wichtige gemeinsame Aufwachsen und das gemeinsame Lernen ist hier deutlich gefährdet.

In der qualitativen Weiterentwicklung des Offenen Ganztages sehen wir erhöhten Handlungsbedarf und fordern daher:

- Die Umsetzung des gesetzlich vorgeschriebenen Schlüssels von 0,2 Lehrerstellen pro 25 Kinder
- pädagogisch und fachlich qualifiziertes Personal.

- Intensive Zusammenarbeit zwischen den außerschulischen Kooperationspartnern (wie AWO, Kurbel, Caritas und VBS = Verein zur Betreuung von Schulkindern) und den Schulen.
- Genügend Räumlichkeiten mit ansprechender Gestaltung, damit ein angenehmes und ruhiges Arbeits- und Spielklima entstehen kann.
- Differenzierungsräume und ein Ruheraum müssen neben Essens- und Gruppenräumen geschaffen werden, wie im Bildungsplan der Stadt Oberhausen vorgesehen ist.
- Abdeckung der Kernzeiten von 8.00 - 16.00 oder 17.00 Uhr und bei Bedarf Ausweitung auf Randzeiten.
- verlässliche Regelung für die Ferienzeiten. Stärkere Einbindung der Kooperationspartner und Vereine, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sicherzustellen.
- Absprachen über flexible Abholzeiten, die dem massiven Elternbedürfnis entsprechen.
- Unter Berücksichtigung des individuellen Förderns und Forderns sowie des sozialen Lernens sollten die Angebote auf alle Fälle beinhalten:

1. Förderung für Kinder mit besonderem Bedarf
2. Förderung der Entfaltung von besonderen Begabungen
3. Förderung zur Entdeckung der Interessen durch angemessene Freiräume
4. Qualifizierte Hausaufgabenbetreuung mit Lernzeiten
5. Themenbezogene AGs und Projekte sowie kreative, sportliche, musische und künstlerische Angebote

Durch die Einführung eines Rechtsanspruches auf einen OGS-Platz bis 2025 wird die Stadt weiter unter Druck gesetzt.

Betonen möchte ich, dass finanzielle Aufwendungen, die für Kinder in jungen Jahren getätigt werden, sich später auszahlen, da so manchen gesellschaftlichen und sozialen Problemen im Vorfeld vorgebeugt werden kann.

Das nennt man Prävention. **Das** ist eine Investition in die Zukunft unserer Gesellschaft.

Kurz noch eins zum Abschluss: die teilweise umständliche Beantwortung einzelner eindeutiger Fragen der großen Anfrage durch die Verwaltung unterstützt die Arbeit der ehrenamtlichen Politiker in keinster Weise. Im Gegenteil.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit